V2 Dringlichkeitsantrag WER SCHWEIGT, STIMMT ZU - NEIN ZU RASSISMUS, ANTISEMITISMUS, GRUPPENBEZOGENER MENSCHENFEINDLICHKEIT UND NEONAZISMUS

Antragsteller*in: Elke Zimmermann (KV Dresden)
Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedenes

Antragstext

Wir sächsischen BÜNDNISGRÜNE/N verurteilen den rechtsterroristischen und antisemitischen Anschlag in Halle, bei dem zwei Menschen ermordet und weitere verletzt wurden. In Gedanken sind wir bei den Opfern, ihren Angehörigen und allen Betroffenen. Wir stehen zusammen mit allen Jüd*innen, denen dieser Anschlag am höchsten jüdischen Feiertag, Yom Kippur, galt. Wir verurteilen die rassistisch motivierten Schüsse auf Menschen, die sich in einem Dönerlokal aufhielten. Wir sind solidarisch mit allen Betroffenen rechter Einschüchterung und Gewalt.

Gegenüber Antisemitismus und Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Neonazismus gibt es keine Toleranz. Wir sehen nicht weg, sondern stellen uns jeden Tag mit ganzer Kraft gegen geistige Brandstifter*innen, gegen Diskriminierung, Bedrohung und Gewalt gegen Menschen, die angeblich anders sind als eine vermeintliche homogene Mehrheit.

Jahrelang haben führende sächsische Regierungs-Politiker rechte Gewalt in Sachsen verharmlost, die Regierung und Sicherheitsbehörden von Polizei bis Verfassungsschutz haben selbst aufgedeckte neonazistische Strukturen ignoriert. Verschwörungstheorien, verbale Angriffe, Hass und Hetze fielen in Sachsen über Jahrzehnte auf fruchtbaren Boden und konnten politische Grenzen verschieben. Politiker*innen konservativer, aber auch demokratischer Parteien überboten sich im Andienen an ausgrenzende, menschenverachtende Ideologieträger*innen und deren politische Ziele, statt sich ihnen klar entgegenzustellen. Regierungspolitiker haben antifaschistische Aktivitäten als Bedrohung der Demokratie stigmatisiert und Fördermittel für demokratische Bildungsarbeit, für Demokratie-Projekte gekürzt und tun dies bis in die Gegenwart. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, ob sie sich gegen Migrant*innen, Homo- oder Transsexuelle, Obdachlose, Punks oder Menschen mit psychischen oder physischen Einschränkungen richtet, ist leider weit verbreitet. Die Zahl derer, die in Sachsen Alltagsrassismus, soziale Ausgrenzung oder auch die Ethnisierung von sozialen Problemen akzeptieren, ist erschreckend hoch.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden diese verfehlte Politik, diese fehlende Haltung weder im Alltag, noch in der Landespolitik mittragen. WIR stehen für ein offenes und vielfältiges Sachsen und positionieren uns entschieden gegen rechte Hetze und Gewalt. WIR sind solidarisch mit den vielen und vielfältigen Initiativen, Projekten und Einzelpersonen in Sachsen, die gegen das Erstarken der neuen und alten Rechten vorgehen und unterstützen diese in ihren Bemühungen.

Die zukünftige Staatsregierung muss sich an unserem Grundsatz messen lassen

Begründung

Die aktuellen Ereignisse in Halle erfordern nochmals eine deutliche Klarstellung wofür wir BÜNDNISGRÜNE/N in Sachsen stehen. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf im Kampf gegen den Rechtsextremismus und das Erfordernis einer konsequenten Haltung auch einer Staatsregierung gegen jede Art von Menschenfeindlichkeit und Hetze. Da für Dringlichkeitsanträge keine Ergänzungsanträge vorgesehen sind, erfolgt diese Klarstellung durch einen separaten Antrag.

Unterstützer*innen

Dr. Juliane Hundert (KV Dresden); Julia Günther (KV Dresden); Johannes Lichdi (KV Dresden); Wolf-Georg Winkler (KV Dresden); Dr. Dietrich Herrmann (KV Dresden); Lucie Hammecke (KV Dresden); Nils Kroeber (KV Dresden); Valentin Lippmann (KV Dresden); Nadja Goernert (KV Dresden); Matthias Pohl (KV Dresden); Andrea Mühle (KV Dresden); Hannes Merz (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Lydia Engelmann (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Ines Kummer (KV Sächsische Schweiz - Osterzgebirge); Jürgen Kasek (KV Leipzig); Tobias Fritzsch (KV Leipzig); Anne Kämmerer (KV Meißen); Martin Oehmichen (KV Meißen); Dieter Rappenhöner (KV Vogtland); Jens Jansen (KV Dresden)